

Söder steht zu Aiwanger, doch der Fall ist nicht ausgestanden

Hubert Aiwanger bleibt im Amt – bis zur Wahl am 8. Oktober und nach dem Willen von CSU und Freien Wählern auch danach. Für den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chef Markus Söder bedeutet das: „Für mich ist die Sache abgeschlossen“. Da war freilich der Wunsch der Vater des Gedankens. Grüne, SPD und FDP sowie viele Medien werden alles tun, um die „Flugblatt-Affäre“ weiter in den Schlagzeilen zu halten.

Söder hat sich die Sache nicht leicht gemacht. Er hat Aiwanger 25 Fragen beantworten lassen, er hat am Samstagabend ein langes Gespräch mit seinem Vize gehabt, er danach Kontakt mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, und der Präsidentin der jüdischen Gemeinde in München, Charlotte Knobloch, aufgenommen. Man muss davon ausgehen, dass diese beiden einflussreichen Persönlichkeiten Söders Argumente, mit Aiwanger weiterzumachen, nicht in Grund und Boden verdammt haben.

Im Zweifel für den Angeklagten

Söders stärkste Argumente: Es gibt keinen Beweis, dass Aiwanger das Auschwitz-Pamphlet verfasst oder verteilt hat. Zudem hat Aiwanger – wenn auch sehr spät und sehr unpräzise – Fehler zugestanden, sich davon distanziert und Reue gezeigt. Söder hat sich also so verhalten, wie es Richter tun: Im Zweifel für den Angeklagten.

Ob Aiwanger als 16-Jähriger tatsächlich durch Nazi-Sprüche und Juden-Witze aufgefallen ist, wie ehemalige Mitschüler behaupten, bleibt ungeklärt. Aiwanger hat bei der Beantwortung von Söders 25 Fragen abermals behauptet, sich an derlei nicht erinnern zu können. Wenn er es ausschließen könnte, damals NS-Parolen von sich gegeben zu haben, hätte er sich jetzt nicht entschuldigen müssen.

Söder ließ sich von strategischen Überlegungen leiten

Zugunsten Aiwangers verweist Söder darauf, dass dieser seit seiner Schulzeit nie mit antisemitischen oder rassisti-



Hubert Aiwanger

schen Äußerungen aufgefallen ist. Von dem Auschwitz-Pamphlet in seiner Schultasche führt jedenfalls kein direkter Weg zu Aiwangers Forderung von Erding, die schweigende Mehrheit müsse sich „die Demokratie zurückholen“. Das war rechtspopulistischer Unsinn, aber kein NS-Jargon. Die Nazis hatten nämlich mit Demokratie absolut nichts im Sinn.

Natürlich hat Söder bei seiner Entscheidung nicht nur versucht, den Ruf Bayerns als „Bollwerk gegen Antisemitismus und Rassismus“ zu verteidigen. Er ließ sich dabei gleichfalls von strategischen Überlegungen leiten. Ein Rauswurf Aiwangers hätte den Bruch mit den Freien Wählern bedeutet. Ein Spitzenkandidat Aiwanger als „Opfer der Medien und der CSU“ hätte dieser Partei zusätzliche Stimmen gebracht.

Besonders misslich wäre es für Söder, wenn er für die Zeit nach der Wahl eine Koalition mit der SPD oder gar mit den Grünen nicht ausschließen könnte. Die CSU führt ihren Landtagswahlkampf nicht zuletzt gegen die Politik der Ampel in Berlin. Es würde viele Wähler verunsichern, wenn sie davon ausgehen müssten, mit ihrer Stimme für die CSU sich ausgerechnet die Grünen in die bayerische Landesregierung zu holen.

Söder nimmt in Kauf, dass liberal eingestellte CSU-Wähler zu den Grünen abwandern

Söder setzt darauf, dass die Freien Wähler nicht auf Kosten einer angeblich vom Mainstream-Denken befallenen CSU zusätzliche Stimmen gewinnen. Er nimmt dabei in Kauf, dass eher liberal eingestellte CSU-Wähler wegen seines Festhaltens an Aiwanger zu den Grünen abwandern könnten. Ob Aiwanger-Kritiker sich davon beindrucken lassen, dass dieser nun laut Söder in einen Dialog mit jüdischen Organisationen eintreten will, ist fraglich.

Eines lässt sich voraussagen: Der Wahlkampf wird sehr schmutzig werden. Grüne und SPD werden vor einem drohenden Rechtsruck warnen und selbst die AfD wird sich – ungeachtet der vielen Rechtsextremisten in ihren Reihen – über den „Nazi“ Aiwanger echauffieren. Wer es freilich bei der Landtagswahl „denen da oben zeigen“ will, kann das mit einer Stimme für Aiwanger viel effektiver tun als mit einem Kreuz bei der Rechtsaußenpartei.

Söder hat sich für eine Fortsetzung der „bürgerlichen Koalition“ entschieden und gegen Schwarz-Grün. Er geht offenbar davon aus, dass ein Bruch mit den Freien Wählern ihn mehr Stimmen kosten würde, als er durch eine Hinwendung zu den Grünen gewinnen könnte. Wer nämlich die Grünen in der Regierung sehen möchte, der macht sein Kreuz gleich bei ihnen.

Söder in Richtung Schwarz-Grün zu zwingen, ist gescheitert

Die Flugblatt-Affäre war und ist der Beitrag der Süddeutschen Zeitung zu diesem Landtagswahlkampf, eine ziemlich beispiellose Vermengung von Behauptungen, Verdächtigungen und Gerüchten aus überwiegend anonymen Quellen. Sollte es das Ziel der Kampagne gewesen sein, Söder in Richtung Schwarz-Grün zu zwingen, dann dürfte das gescheitert sein.

Söder hat sich entschieden. Doch die Sache ist keineswegs abgeschlossen. Das letzte Wort im Fall Aiwanger haben nämlich die Wähler. Und denen steht das auch zu. ■